



Bundesministerium für Gesundheit, 53109 Bonn

Deutsche Krankenhausgesellschaft
Wegelystraße 3
10623 Berlin

Nachrichtlich:

Verband der Krankenhausdirektoren
Deutschlands e. V.
Oranienburgerstraße 17
10178 Berlin

HAUSANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn
POSTANSCHRIFT 53109 Bonn
TEL +49 (0)228 941-2140
FAX +49 (0)228 941-4921
E-MAIL udo.degener-hencke@bmg.bund.de
INTERNET www.bmg.bund.de

Bonn, 8. Dezember 2006
AZ 213 A - 48622/2

2) Ref-Lauf E13
3) LG5 (Fr. Dr. Götts)
4) lw

Auswirkungen des EU-Monti-Paketes auf den Krankenhausbereich

Sehr geehrte Damen und Herren,

die EU-Kommission hat im November 2005 ein wichtiges Maßnahmenpaket zum europäischen Beihilferecht im Amtsblatt veröffentlicht (ABl. L 312/67, C 297/4 und L 312/47 vom 29.11.2005). Durch dieses Maßnahmenpaket wird bei der Finanzierung von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge mehr Rechtssicherheit geschaffen. Im Einzelnen handelt es sich um

- eine Freistellungsentscheidung (zur Anwendung von Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden),
- einen Gemeinschaftsrahmen (für staatliche Beihilfen, die als Ausgleich für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gewährt werden) und
- einen Vorschlag zur Änderung der Transparenzrichtlinie (zur Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen).

Dieses sog. Monti-Paket ist für die Rechtmäßigkeit von Ausgleichszahlungen, die Kommunen ihren Unternehmen und Einrichtungen sowie Dritten für die Erfüllung von Aufgaben der

und 3. von Kenntnis-
nahme. E13 war
bekannt. Z31 wird
ein europ. Schreiben
an die Länder + Pflege-
verbände
adressieren.

Daseinsvorsorge gewähren, von herausragender Bedeutung. Dies gilt insbesondere für den Defizitausgleich durch Kommunen zugunsten von Krankenhäusern.

Die Freistellungsentscheidung bestimmt, unter welchen Voraussetzungen staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden, als mit dem gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden und von der Notifizierungspflicht befreit sind. Sie enthält Vorschriften über die Definition des öffentlichen Auftrages (Art. 4), über die Kontrollpflichten der Mitgliedstaaten bei den staatlichen Ausgleichszahlungen zur Vermeidung von Überkompensationen (Art. 6) sowie Buchführungs- und Berichtspflichten (Art. 7 und 8).

Staatliche Beihilfen an Unternehmen, die mit der Bereitstellung von "Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse" betraut sind, sind nach Maßgabe der o.g. Freistellungsentscheidung nur unter bestimmten, restriktiven Bedingungen ohne Notifizierung zulässig. Um einen Defizitausgleich von der Notifizierungspflicht freizustellen, muss durch einen sog. öffentlichen Betrauungsakt die gemeinwohlorientierte Aufgabe dem Krankenhausträger zugewiesen worden sein (Art. 4 der Entscheidung). Vor allem ist eine Vorab-Festlegung von Parametern zur Berechnung des Ausgleichs im Betrauungsakt erforderlich; die Parameter für die Berechnung und Überwachung der Ausgleichszahlung sind objektiv und transparent festzulegen, bevor die Dienstleistung, die die Ausgleichszahlung auslöst, erbracht wird. Bei Verstößen muss die Ausgleichszahlung erstattet werden.

Die Änderung der Transparenz-Richtlinie der Kommission bestimmt, dass Unternehmen die staatliche Ausgleichszahlungen erhalten und sowohl öffentliche Dienstleistungen erbringen als auch auf anderen Gebieten tätig sind, hierüber getrennte Bücher führen müssen. Ziel ist es, Transparenz zu schaffen sowie die Prüfung einer etwaigen Überkompensierung zu ermöglichen. Das Umsetzungsgesetz zur Änderung der Transparenzrichtlinie wird noch im Dezember im Bundesgesetzblatt verkündet und am 1. Januar 2007 in Kraft treten.

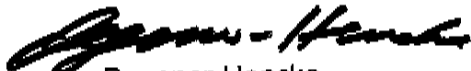
Alle Regelungen der Freistellungsentscheidung sind seit dem 29. November 2006 unmittelbar geltendes Recht und damit auch von allen deutschen Kommunen und Krankenhausträgern zu beachten. Dies gilt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 auch für das o.g. Umsetzungsgesetz zur Änderung der Transparenzrichtlinie. Eine Änderung der Krankenhaus-Buchführungsverordnung ist deshalb nach hiesiger Auffassung nicht erforderlich. Die Vorgaben der Verordnung für den Jahresabschluss und der Kontenrahmen für die Buchführung enthalten entsprechende Konten, die bei Bedarf untergliedert werden können. Die Zuordnung der Kosten zu den "Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse", bei denen ggf. Defizite ausgeglichen werden sollen, sowie zu anderen Tatbeständen (z. B. sonstige stationäre Leistungen, Kioske, Leistungen an Dritte, Wahlleistungen) kann über die Kos-

ten- und Leistungsrechnung erfolgen. Der Kostenstellenrahmen lässt entsprechende Untergliederungen zu. Die Kostenzuordnung soll nach Auskunft der EU-Kommission zu Vollkosten vorgenommen werden. Soweit Kosten zugeschlüsselt werden, sind die verwendeten Schlüssel in "den Büchern" festzuhalten.

Ich wäre dankbar, wenn Sie Ihre Mitgliedsverbände und diese wiederum die Krankenhaus-träger entsprechend unterrichten würden, soweit nicht bereits geschehen. Ich empfehle, dabei auf die Handreichung zum Monti-Paket hinzuweisen, die der Unterausschuss "Kommunale Wirtschaft und Finanzen" der Innenministerkonferenz erarbeitet hat; diese Handreichung steht mit dem EU-Monti-Paket auf der Internetseite des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zum Herunterladen bereit (www.dstgb.de). Einzelne Bundesländer haben das EU-Monti-Paket und die genannte Handreichung in ihren Ministerialblättern veröffentlicht, bspw. der Freistaat Bayern (s. Allgemeines Ministerialblatt vom 28.08.2006, Seite 302 ff). Nunmehr liegt auch ein Arbeits- und Orientierungspapier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. zum europäischen Beihilferecht vom 27. November 2006 vor (www.deutscher-verein.de). Dieses Papier stellt eine Ergänzung und Konkretisierung der genannten Handreichung mit dem Fokus auf die sozialen Dienste dar.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dr. Degener-Hencke